

# Gliederung

Abkürzungsverzeichnis .....29

## Gutachten

1. Kapitel .....37

A. Einführung.....37

    I. Das Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe und Vermögensabschöpfung bei Straftaten vom 24.10.2006 .....37

    II. Statistische Einordnung von Verfall und Rückgewinnungshilfe .....40

        1. Bedeutung und Entwicklung vermögensbezogener Straftaten .....40

        2. Bedeutung und Entwicklung der Rückgewinnungshilfe .....42

    III. Sinn und Zweck der Rückgewinnungshilfe.....45

        1. Ziel der Vollstreckungshilfe .....45

        2. Entwicklung und Rechtfertigung des Opferschutzes .....47

        3. Ziel der effektiven Gewinnabschöpfung .....49

    IV. Die Einführung des Auffangrechtserwerbs .....50

    V. Das materiell-prozessuale Gewinnabschöpfungsmodell .....51

B. Gang der Darstellung .....53

2. Kapitel: Vollstreckungssichernde Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe im Ermittlungs-, Zwischen- und Hauptverfahren .....55

A. Einleitung .....55

B. Anordnung einer vollstreckungssichernden Maßnahme nach §§ 111 b-111 f. StPO zugunsten der Rückgewinnungshilfe .....56

    I. Ausschluss des Verfalls nach § 73 Abs. 1 S. 2 StGB aufgrund von Ansprüchen Verletzter .....56

        1. Zweck des § 73 Abs. 1 S. 2 StGB .....56

2.	Geltungsbereich.....	59
a.	Geltung beim einfachen Verfall.....	59
b.	Geltung beim erweiterten Verfall.....	60
aa.	Einführung durch das Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe .....	60
bb.	Praktische Relevanz.....	62
c.	Geltung bei mehreren Verfallsbetroffenen.....	62
3.	Voraussetzungen.....	62
a.	Allgemeine Voraussetzungen des Verfalls .....	62
aa.	Rechtswidrige, nicht schuldhafte Tat .....	63
bb.	Etwas „aus der Tat“ i.S.d. §§ 73 ff. StGB .....	63
cc.	„Etwas“ i.S.d. §§ 73 ff. StGB .....	64
dd.	„Erlangt“ i.S.d. §§ 73 ff. StGB.....	65
ee.	Die Adressaten der Verfallsanordnung (Verfallsbetroffene).....	66
(1)	Täter und Teilnehmer .....	66
(2)	Dritte.....	66
b.	Verletzter i.S.d. § 73 Abs. 1 S. 2 StGB .....	68
aa.	Einleitung .....	68
bb.	Allgemein.....	68
cc.	Verletzte .....	70
(1)	Ausgesuchte Einzelfälle.....	70
(2)	Der Staat als Verletzter .....	71
(a)	Staat ist nicht Verletzter .....	71
(b)	Staat ist Verletzter.....	72
(3)	Rechtsnachfolger als Verletzte.....	76
(4)	Insolvenzverwalter .....	77
c.	Ansprüche aus der Tat.....	77
aa.	Art der Ansprüche.....	77
bb.	Tat i.S.d. § 73 Abs. 1 S. 2 StGB.....	79
(1)	Tat i.S.d. § 264 StPO.....	79
(2)	Enger wirtschaftlicher Zusammenhang .....	80
(3)	Ergebnis.....	83

cc.	Anforderungen an den Anspruch.....	83
(1)	Grundsatz.....	83
(2)	Folgen .....	84
(3)	Einschränkende Auslegung.....	86
(4)	Stellungnahme.....	87
(5)	Eindrücke aus der Praxis.....	91
(6)	Verjährte Ansprüche .....	92
(7)	Nach § 817 Abs. 2 BGB ausgeschlossene Ansprüche .....	92
4.	Umfang des Ausschlusses.....	93
5.	Folgen.....	94
II.	Die Zulässigkeit von vollstreckungssichernden Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe .....	94
1.	Grundsatz.....	94
2.	Rückgewinnungshilfe und Einstellung aus Opportunitätsgesichtspunkten.....	95
a.	Die Einstellung nach §§ 154, 154 a StPO .....	95
aa.	Einleitung .....	95
bb.	Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe vor Rechtskraft des Urteils.....	96
cc.	Aufrechterhaltung der Maßnahmen nach Rechtskraft des Urteils nach § 111 i Abs. 2 ff. StPO.....	99
(1)	Unzulässigkeit der Aufrechterhaltung.....	99
(2)	Folgen .....	101
dd.	Aufrechterhaltung der Maßnahmen nach § 111 i Abs. 1 StPO.....	103
ee.	Ergebnis.....	104
ff.	Eindrücke aus der Praxis.....	104
b.	Die Einstellung nach §§ 153, 153 a StPO .....	106
c.	Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe im objektiven Verfahren.....	107
3.	Vollstreckungssichernde Maßnahmen zugunsten unbekannter Verletzter .....	108
4.	Anordnung im Privatklageverfahren nach §§ 374 ff. StPO .....	108

5.	Anordnung im Sicherungsverfahren nach §§ 413 ff. StPO .....	108
6.	Die Anordnung im objektiven Verfahren .....	108
a.	Anordnung vollstreckungssichernder Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe bis zur Rechtskraft des Urteils .....	109
b.	Anordnung der verlängerten Rückgewinnungshilfe und des Auffangrechtserwerbs des Staates .....	110
c.	Aufrechterhaltung nach Anordnung im subjektiven Verfahren .....	111
III.	Abgrenzung zwischen Beschlagnahme und dinglichem Arrest .....	112
1.	Einführung .....	112
2.	Anwendungsbereich der Beschlagnahme nach §§ 111 b Abs. 1, 111 c StPO .....	112
3.	Anwendungsbereich des dinglichen Arrests nach §§ 111 c Abs. 2, 111 d StPO .....	113
IV.	Gemeinsame Voraussetzungen der vollstreckungssichernden Maßnahmen nach §§ 111 b bis 111 f. StPO .....	115
1.	Gründe für die Annahme, dass die Voraussetzungen für den Verfall vorliegen, § 111 b Abs. 1 S. 1 StPO / dass die Voraussetzungen des Verfalls von Wertersatz vorliegen, § 111 b Abs. 2 StPO .....	115
a.	Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen für einen späteren Verfall i.S.d. §§ 73 ff. StGB .....	115
b.	Verhältnismäßigkeit i.S.d. § 73 c Abs. 1 StGB .....	115
c.	Gründe für die Annahme – die Verdachtsstufen des § 111 b StPO .....	117
aa.	„einfache“ Gründe, §§ 111 b Abs. 1 S. 1, Abs. 2, Abs. 3 S. 1 StPO .....	118
bb.	Begründung durch bestimmte Tatsachen, § 111 b Abs. 3 S. 2 StPO .....	120
cc.	„Dringende“ Gründe i.S.d. § 111 b Abs. 3 S. 3 StPO .....	122
2.	Sicherstellungsbedürfnis / Arrestgrund und Verhältnismäßigkeit .....	123
a.	Einleitung .....	123
b.	Sicherstellungsbedürfnis bzw. Arrestgrund .....	124

aa.	Vorliegen des Sicherstellungsbedürfnisses .....	125
bb.	Zu berücksichtigende Umstände.....	126
cc.	Indizwirkung vermögensbezogener Straftaten.....	130
(1)	Indizwirkung gegeben .....	130
(2)	Stellungnahme.....	131
dd.	Drohende Vollstreckung im Ausland, § 917 Abs. 2 ZPO.....	134
ee.	Ermessen.....	134
(1)	Grundsatz.....	134
(2)	Einfaches Sicherstellungsbedürfnis .....	136
(3)	Qualifiziertes Sicherstellungsbedürfnis .....	136
(4)	Stellungnahme.....	137
(5)	Ermessensreduzierung auf Null .....	142
(6)	Eindrücke aus der Praxis.....	144
ff.	Sicherstellungsbedürfnis und dinglicher Arrest nach §§ 324 ff. AO.....	147
c.	Verhältnismäßigkeit .....	149
aa.	Allgemein.....	149
bb.	Maßstab.....	151
cc.	Insbesondere beim dinglichen Arrest: Anforderungen an die Prüfung und den Verdachtsgrad .....	152
dd.	Ergebnis.....	153
d.	Einschränkung im Hinblick auf die Aufrechterhaltung und Dauer.....	154
aa.	Wegfall des Sicherstellungsbedürfnisses.....	154
bb.	Fehlende Verhältnismäßigkeit .....	155
cc.	Ergebnis.....	156
e.	Auswirkungen des Gesetzes zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe .....	157
f.	Eindrücke aus der Praxis.....	161
3.	Adressat der Sicherstellung .....	161
a.	Grundsatz.....	161
b.	Maßnahmen beim Dritten i.S.d. § 73 Abs. 3 StGB.....	162

c.	Adressat bei mehreren Tatbeteiligten.....	162
aa.	Einleitung und Problemstellung.....	162
bb.	Haftung mehrerer Verfallsbetroffener beim Verfall und Auffangrechtserwerb des Staates .....	163
(1)	Grundsatz.....	163
(2)	Kritik.....	165
(3)	Stellungnahme.....	169
(4)	Ergebnis.....	173
(5)	Folgen für die vollstreckungssichernden Maßnahmen .....	173
cc.	Adressat der vollstreckungssichernden Maßnahmen bei der Rückgewinnungshilfe.....	175
(1)	Grundsatz.....	175
(2)	Folgeproblem bei Inanspruchnahme eines gesamtschuldnerisch haftenden Verfallsbetroffenen durch den Verletzten .....	177
dd.	Sonderfälle.....	179
(1)	Verschiebungsfälle gem. § 73 Abs. 3 StGB.....	179
(a)	Beim Verfall.....	179
(b)	Bei Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe .....	180
(2)	Handels- bzw. Hehlerketten .....	181
(a)	Verfall bei den sog. Handelsketten.....	181
(b)	Rückgewinnungshilfe bei sog. Hehlerketten.....	182
d.	Vollstreckungssichernde Maßnahmen bei juristischen Personen.....	183
V.	Die Beschlagnahme zugunsten der Rückgewinnungshilfe gem. § 111 b Abs. 5 i.V.m. §§ 111 b Abs. 1 S. 1, 111 c StPO .....	186
1.	Anwendbarkeit .....	186
2.	Sonderprobleme bei der Beschlagnahme zugunsten der Rückgewinnungshilfe bei der Anordnung und Vollziehung.....	186
a.	Form der Anordnung.....	186
aa.	Allgemein.....	186

bb.	Anforderungen an den Beschluss im Hinblick auf die Rückgewinnungshilfe.....	188
b.	Bekanntgabe und Zustellung.....	190
c.	Eindrücke aus der Praxis.....	191
3.	Die Rechtswirkungen der Beschlagnahme, § 111 c Abs. 5 StPO.....	191
a.	Wirkungen.....	191
b.	Zeitpunkt der Entstehung.....	195
VI.	Der dingliche Arrest zugunsten der Rückgewinnungshilfe gem. § 111 b Abs. 5 i.V.m. §§ 111 b Abs. 2, 111 d StPO.....	196
1.	Einleitung.....	196
2.	Besondere Voraussetzungen des dinglichen Arrests.....	196
a.	Arrestanspruch.....	196
b.	Arrestgrund.....	197
3.	Sonderprobleme beim dinglichen Arrest zugunsten der Rückgewinnungshilfe bei der Anordnung und Vollziehung.....	197
a.	Bekanntgabe und Zustellung des Arrestbefehls.....	197
b.	Umfang des dinglichen Arrests, insbesondere im Hinblick auf die Rückgewinnungshilfe .....	198
aa.	Grundsatz.....	198
bb.	Problemstellung .....	198
cc.	Einschränkung durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	199
dd.	Unterschiedliche Bewertung des dinglichen Arrests zugunsten der Rückgewinnungshilfe und zugunsten des Verfalls.....	199
ee.	Zulässigkeit .....	200
ff.	Weitere Möglichkeiten der Begrenzung.....	202
gg.	Sonderfall.....	202
c.	Zuständigkeit für die Vollziehung des dinglichen Arrests in bewegliche Sachen .....	203
4.	Wirkung des dinglichen Arrests.....	204
a.	Einleitung .....	204

b.	Wirkungen des vollzogenen Arrests in bewegliche Sachen, Forderungen und forderungsgleiche Rechte.....	206
c.	Wirkungen des vollzogenen Arrests in Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	207
d.	Wirkungen des vollzogenen Arrests in Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge .....	208
5.	Ausschluss des dinglichen Arrest.....	209
C.	Die Dauer der vollstreckungssichernden Maßnahmen .....	210
I.	Einleitung .....	210
II.	Der Eintritt der Beendigung.....	211
1.	Die Beendigung durch Aufhebung .....	211
2.	Beendigung im Falle des § 111 c Abs. 6 bzw. § 111 d Abs. 2 StPO i.V.m. § 934 Abs. 1 ZPO .....	212
3.	Beendigung durch gutgläubigen Erwerb.....	212
4.	Beendigung im Fall der Verfahrensbeschränkung.....	212
5.	Die Beendigung im Fall der nicht rechtskräftigen Entscheidung.....	213
6.	Die Beendigung mit rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens.....	215
a.	Beendigung durch rechtskräftiges Urteil mit Freispruch oder ohne Anordnung des Verfalls und ohne Anordnung der Aufrechterhaltung nach § 111 i StPO .....	215
b.	Verurteilung, ohne dass sich der Verdacht, der Verfallsbetroffene habe Etwas erlangt, bestätigt. ....	218
c.	Beendigung durch Urteil mit Verfallsanordnung .....	218
d.	Beendigung bei mehreren Gesamtschuldern.....	219
e.	Dauer bei Verurteilung wegen der Anlasstat .....	220
III.	Die Folgen der Beendigung .....	220
1.	Einleitung .....	220
2.	Im laufenden Verfahren bis zur Rechtskraft .....	221
a.	Problemstellung .....	221
b.	Fehlende gesetzliche Regelung .....	223



c.	Grundsätze.....	225
aa.	Herausgabe an den letzten Gewahrsamsinhaber .....	225
bb.	Keine Beteiligung an der Aufrechterhaltung an einem rechtswidrigen Zustand .....	225
cc.	Keine endgültige Regelung des Besitzstandes oder Eigentums.....	227
dd.	Aufgabe der Zivilgerichte, über Besitz und Eigentum zu entscheiden.....	227
d.	Anwendung.....	228
aa.	Weite Auffassung .....	228
bb.	Enge Auffassung .....	229
cc.	Stellungnahme .....	230
(1)	Faktischer Verfall .....	230
(2)	Rückgewinnungshilfe auch bei Einstellung nach §§ 154, 154 a StPO möglich.....	233
(3)	Verfall auch bei § 73 d StGB möglich .....	233
(4)	Strafgerichte haben nicht über zivilrechtliche Ansprüche zu entscheiden.....	235
(5)	Präjudiz und faktischer Eingriff .....	236
(6)	§§ 111 g, 111 h, 111 i und 111 k StPO als Sonderregelung .....	236
e.	Ergebnis.....	237
3.	Nach Rechtskraft der Entscheidung.....	239
a.	Freispruch.....	239
b.	Rechtskräftige Entscheidung ohne Aufrechterhaltung nach § 111 i StPO.....	240
4.	Herausgabe und Rückabwicklung.....	240
a.	Rückabwicklung der Beschlagnahme.....	241
b.	Rückabwicklung des dinglichen Arrests .....	241
c.	Ort der Rückgabe .....	241
IV.	Zuständigkeit.....	242
1.	Im Ermittlungsverfahren bis zur Erhebung der Anklage.....	242
2.	Während der Hauptverhandlung bis zum rechtskräftigen Abschluss .....	243

3.	Zuständigkeit in der Rechtsmittelinstanz.....	244
4.	Nach Abschluss des Verfahrens .....	244
5.	Zuständigkeit bei Herausgabe an andere Personen als den letzten Gewahrsamsinhaber .....	245
6.	Durchführungskompetenz .....	246
V.	Form.....	246
D.	Mitteilungspflichten.....	247
I.	Zuständigkeit.....	247
II.	Bekannte Verletzte.....	247
III.	Zeitpunkt der Mitteilung .....	248
1.	Grundsatz .....	248
2.	Benachrichtigung mehrerer Verletzter.....	248
IV.	Form und Inhalt der Mitteilung.....	250
1.	Grundsatz .....	250
2.	Inhalte, die sich aus dem Zweck ergeben .....	250
V.	Art der Mitteilung.....	252
1.	Veröffentlichung im Bundesanzeiger, § 111 e Abs. 4 S. 1 StPO.....	253
2.	Veröffentlichung in anderer geeigneter Weise, § 111 e Abs. 4 S. 2 StPO.....	254
3.	Ermessen der Staatsanwaltschaft .....	254
VI.	Folgen einer unterbliebenen Mitteilung.....	256
VII.	Datenschutz.....	257
E.	Rechtsschutz der Verletzten gegen die vollstreckungssichernden Maßnahmen .....	258
I.	Rechtsschutz gegen die Anordnung einer vollstreckungssichernden Maßnahme .....	258
1.	Antrag auf Entscheidung des Gerichts nach § 111 e Abs. 2 S. 3 StPO.....	258
a.	Statthaftigkeit .....	258
b.	Antragsberechtigung des Verletzten .....	258
2.	Beschwerde nach §§ 304, 305 S. 2 StPO .....	259
a.	Statthaftigkeit .....	259

b.	Beschwerdeberechtigung des Verletzten.....	260
c.	Wirkung der Beschwerde .....	262
d.	Zuständigkeit .....	263
3.	Weitere Beschwerde nach § 310 StPO .....	263
a.	Statthaftigkeit .....	263
b.	Beschwerdeberechtigung des Verletzten.....	265
4.	Formloser Antrag auf Erlass einer vollstreckungssichernden Maßnahme.....	266
5.	Antrag des Verletzten nach § 23 EGGVG .....	266
II.	Rechtsschutz gegen die Art und Weise der Durchführung (Vollzug) einer vollstreckungssichernden Maßnahme.....	266
III.	Schadensersatzansprüche .....	267
3.	Kapitel: §§ 111 g, 111 h StPO: Zulassung im Zulassungsverfahren und Vollstreckung in das Sicherungsgut .....	269
A.	Einleitung .....	269
I.	Sinn und Zweck .....	269
II.	Sinn des Zulassungsverfahrens .....	271
III.	Unterscheidung zwischen § 111 g und § 111 h StPO.....	272
B.	Voraussetzungen des Zulassungsverfahrens nach §§ 111 g Abs. 2, 111 h Abs. 2 StPO.....	273
I.	„Anspruch“ eines „Verletzten“ „aus der Straftat“ i.S.d. § 111 g Abs. 1, Abs. 2 S. 3, § 111 h Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 2 i.V.m. § 111 g Abs. 2 S. 3 StPO .....	273
1.	Einleitung .....	273
2.	Zulassungsfähige Ansprüche .....	274
a.	Allgemein.....	274
b.	Kosten der Rechtsverfolgung .....	275
3.	Tat .....	277
4.	Verletzter i.S.d. §§ 111 g, 111 h StPO .....	278
a.	Grundsatz.....	278
b.	Rechtsnachfolger.....	279

aa.	Keine Antragsbefugnis .....	280
bb.	Folgen einer fehlenden Antragsbefugnis .....	281
cc.	Lösung .....	281
(1)	Entstehungsgeschichte .....	282
(2)	Systematik .....	282
(3)	Sinn und Zweck .....	283
dd.	Ergebnis .....	285
c.	Insolvenzverwalter .....	286
aa.	Entstehungsgeschichte .....	286
bb.	Systematik .....	286
(1)	Im Adhäsionsverfahren .....	286
(2)	Beschwerderecht nach § 172 StPO .....	287
(3)	Akteneinsichtsrecht des Verletzten .....	287
(4)	Strafantragsrecht .....	287
(5)	Ergebnis .....	288
cc.	Sinn und Zweck .....	288
(1)	Vermögen der Gemeinschuldnerin .....	288
(2)	Sinn und Zweck der Rückgewinnungshilfe .....	289
dd.	Ergebnis .....	291
II.	Angeordnete und noch andauernde vollstreckungssichernde Maßnahme .....	291
1.	Zwangsvollstreckungsmaßnahmen vor der vollstreckungssichernden Maßnahme .....	293
2.	Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach der vollstreckungssichernden Maßnahme .....	293
a.	Aufhebung der Maßnahme während des laufenden Verfahrens .....	293
b.	Beendigung im Fall des nicht rechtskräftigen Verfahrensabschluss .....	294
c.	Beendigung im Fall des rechtskräftigen Verfahrensabschluss .....	294
d.	Ablauf der Frist des § 111 i Abs. 1 StPO .....	295
e.	Ablauf der Frist des § 111 i Abs. 3 StPO .....	295
f.	Anordnung des Verfalls .....	295

aa.	Nicht rechtskräftige Anordnung des Verfalls.....	295
bb.	Rechtskräftige Anordnung des Verfalls .....	296
3.	Folgen der Aufhebung der Maßnahme im laufenden Zulassungsverfahren, § 111 g Abs. 3 S. 5 StPO.....	297
III.	Titel .....	298
IV.	Antrag des Verletzten .....	299
V.	Zulassungsverfahren und Form der Zulassung .....	302
1.	Zuständigkeit .....	302
2.	Verfahren.....	303
3.	Anhörung.....	304
4.	Form .....	305
a.	Allgemein.....	305
b.	Eindrücke aus der Praxis.....	305
5.	Zustellung .....	306
C.	Folgen der Zulassung: Zulässigkeit von Vollstreckungshandlungen in das Sicherungsgut .....	307
I.	Zulassung nach § 111 g Abs. 2 StPO .....	307
1.	Anwendungsbereich.....	307
a.	Grundsatz.....	307
b.	Beschränkung bei der Einziehung unterliegenden Gegenständen, § 111 g Abs. 5 S. 2 StPO.....	308
c.	Keine Beschränkung der Geltung des § 111 g StPO auf Geldforderungen .....	308
2.	Zivilrechtliche Zwangsvollstreckung des Verletzten.....	309
3.	Reihenfolge von Antragstellung/Zulassungsbeschluss und Zwangsvollstreckung/Arrestvollziehung des Verletzten .....	309
a.	Wortlaut .....	310
b.	Entstehungsgeschichte sowie Sinn und Zweck.....	311
c.	Systematik .....	312
d.	Praktische Erwägungen.....	312
e.	Ergebnis und Folgen.....	313
4.	Wirkungen der Zulassung.....	315
a.	Wirkung nach § 111 g Abs. 1 StPO.....	315

b.	Wirkung nach § 111 g Abs. 3 S. 1 StPO .....	315
aa.	Generelle Wirkungen.....	315
(1)	Bei der Beschlagnahme beweglicher Sachen.....	315
(2)	Bei der Beschlagnahme von Forderungen .....	317
(3)	Bei durch dinglichen Arrest gesichertem beweglichen Vermögen, Forderungen und forderungsgleichen Rechten.....	319
(4)	Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten sowie eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen .....	321
bb.	Wirkungen der Zulassung gegenüber vor dem Staat vorrangigen Gläubigern.....	322
cc.	Wirkung gegenüber dritten, nicht verletzten Gläubigern.....	322
dd.	Wirkungen gegenüber nicht benannten oder unbekannten Verletzten .....	323
5.	Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer Verletzter .....	324
a.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer zugelassener Verletzter.....	324
aa.	Geltung des Prioritätsprinzips .....	325
bb.	Der dann maßgebliche Zeitpunkt .....	326
cc.	Andere Ansicht: Gleichrangigkeit der zugelassenen Verletzten .....	329
dd.	Ergebnis.....	331
ee.	Praktische Konsequenz.....	332
ff.	Die Geltung des Prioritätsprinzips in Sonderfällen .....	333
(1)	Wechsel von der Anordnung zugunsten des Verfalls zur Anordnung zugunsten der Rückgewinnungshilfe .....	333
(2)	Konkurrenz eines Anspruch des Verletzten i.S.d. §§ 73 Abs. 1 S. 2, 73 StGB mit einem vorrangigem Anspruch eines Verletzten i.S.d. §§ 73 Abs. 1 S. 2, 73 a StGB.....	333
(3)	Wechsel von Beschlagnahme zum dinglichen Arrest ....	335
(4)	Wechsel vom objektiven ins subjektive Verfahren .....	337

b.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen zugelassener und nicht zugelassener Verletzter .....	337
II.	Zulassung nach § 111 h Abs. 2 StPO .....	339
1.	Anwendungsbereich.....	339
a.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	339
b.	Keine Beschränkung .....	340
c.	Erweiterung auf Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge.....	340
2.	Reihenfolge von Antragsstellung und Zulassung.....	341
3.	Wirkungen der Zulassung.....	342
a.	Generelle Wirkungen.....	342
b.	Zwischenrechte .....	343
c.	Spätere Aufhebung des dinglichen Arrests.....	344
4.	Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer Verletzter .....	345
a.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer zugelassener Verletzter.....	345
aa.	Problem .....	345
bb.	Lösung .....	347
b.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen zugelassener und nicht zugelassener Verletzter .....	349
5.	Eingetragene Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge .....	350
III.	Folgen .....	350
IV.	Folgen für die vollstreckungssichernden Maßnahmen.....	351
V.	Eindrücke aus der Praxis.....	352
D.	Folgen einer zu Unrecht abgelehnten oder erteilten Zulassung .....	353
I.	Grundsatz .....	353
II.	Folgen einer fehlerhaften Ablehnung des Zulassungsantrags .....	353
III.	Folgen einer zu Unrecht erfolgten Zulassung.....	353
1.	Schadensersatzanspruch gem. § 111 g Abs. 4 bzw. § 111 h Abs. 3 StPO .....	353
2.	Anspruchsinhaber .....	354
3.	Anspruchsumfang.....	354
4.	Bedeutung .....	355

E. Rechtsschutz .....	355
I. Statthafter Rechtsbehelf .....	355
1. Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen des AG oder des LG.....	355
2. Beschwerde gegen Entscheidungen des OLG, BGH und des Ermittlungsrichters beim OLG und BGH.....	356
II. Beschwerdeberechtigung.....	358
1. Beschuldige, Verletzte und Staatsanwaltschaft .....	358
2. Andere Verfallsbetroffene.....	359
3. Rechtsschutz Dritter .....	359
III. Keine Vollzugshemmung .....	359
 4. Kapitel: Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe im Fall der Verfahrensbeschränkung nach § 111 i Abs. 1 StPO.....	361
A. Einleitung .....	361
I. Änderung durch das Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe .....	361
II. Praktische Relevanz der Vorschrift.....	362
B. Voraussetzungen.....	362
I. Verfahrensbeschränkung nach §§ 430, 442 Abs. 1 StPO.....	362
1. Voraussetzungen für die Verfahrensbeschränkung nach §§ 430, 442 Abs. 1 StPO .....	362
2. Zuständigkeit für die Verfahrensbeschränkung.....	363
II. Vorliegen der Voraussetzungen der Rückgewinnungshilfe .....	364
III. Unbilligkeit der sofortigen Aufhebung .....	364
IV. Zuständigkeit und Verfahren .....	365
1. Zuständigkeit .....	365
2. Verfahren.....	366
3. Anhörung .....	366
4. Inhalt und Form der Anordnung .....	367
C. Dauer .....	367
I. 3-Monatsfrist.....	367
II. Eindrücke aus der Praxis.....	369



D. Folgen.....	369
I. Wirkungen .....	369
II. Möglichkeit der Vollstreckung .....	370
III. Aufhebung nach Fristablauf .....	370
IV. Aufhebung der Beschränkung nach § 430 Abs. 3 StPO.....	372
1. Aufhebung im laufenden Strafverfahren .....	373
2. Aufhebung im Urteil.....	373
E. Rechtsschutz .....	373
I. Statthaftigkeit .....	373
II. Beschwerdeberechtigung.....	374
 5. Kapitel: Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe nach Rechtskraft des Urteils – Die verlängerte Rückgewinnungshilfe nach § 111 i Abs. 3 und 4 StPO .....	   375
A. Einleitung .....	375
I. Sinn und Zweck .....	375
II. Rechtsnatur .....	376
B. Verfahren.....	379
I. Feststellung der Voraussetzungen nach § 111 i Abs. 2 StPO .....	379
1. Feststellung der Verfalls Voraussetzungen .....	380
2. Bezeichnung des Erlangten, § 111 i Abs. 2 S. 2, bzw. Feststellung eines Geldbetrages, § 111 i Abs. 2 S. 3 StPO .....	381
3. Abzüge nach § 111 i Abs. 2 S. 4 StPO .....	382
4. Berücksichtigung des § 73 c StGB .....	383
5. Berücksichtigung des späteren Auffangrechtserwerbes .....	385
6. Ermessen des Gerichts .....	386
7. Kritik .....	387
a. Praktische Probleme.....	387
b. Eindrücke aus der Praxis.....	389
II. Beschluss zur Aufrechterhaltung nach § 111 i Abs. 3 StPO.....	390
1. Aufrechterhalten einer vollstreckungssichernden Maßnahme .....	390

a.	Problemstellung .....	390
b.	Ergebnis.....	392
2.	Inhalt des Beschlusses .....	393
3.	Dauer.....	394
4.	Zuständigkeit, Verfahren und Form.....	395
5.	Aufhebung der Maßnahme(n) .....	395
6.	Eindrücke aus der Praxis .....	396
III.	Mitteilungspflichten nach § 111 i Abs. 4 StPO .....	396
1.	Inhalt .....	396
2.	Form und Zeitpunkt.....	397
IV.	Folgen .....	398
C.	Rechtsschutz .....	398
I.	Anfechtung der Feststellungen nach § 111 i Abs. 2 StPO .....	398
1.	Statthaftes Rechtsmittel .....	398
2.	Rechtsmittelberechtigung.....	399
II.	Anfechtung des Beschlusses nach § 111 i Abs. 3 StPO .....	400
1.	Einfache Beschwerde.....	400
a.	Statthaftigkeit .....	400
b.	Beschwerdeberechtigung.....	400
2.	Drittwiderspruchsklage nach §§ 459 g StPO i.V.m. §§ 6 Abs. 1 Nr. 1 JBeitrO, 769, 771 ZPO.....	401
3.	Gerichtliche Entscheidung nach § 111 f. Abs. 5 StPO.....	402
6.	Kapitel: Die Herausgabe sichergestellter Sachen an den Verletzten nach § 111 k StPO .....	403
A.	Einleitung.....	403
B.	Voraussetzungen.....	405
I.	Beschlagnahmte bewegliche Sache .....	405
1.	Bewegliche Sache .....	405
2.	Beschlagnahmte Sache.....	407
II.	Straftat, durch die die Sache entzogen wurde.....	409
III.	Letzter Gewahrsamsinhaber .....	412

IV. Verletzter, dem die Sache entzogen wurde .....	413
1. Verletzter .....	413
2. Bekannte Verletzte .....	414
a. Verletzte sind bekannt .....	414
b. Vorgehen bei unbekannten Verletzten.....	414
c. Zweifelhafte Ansprüche .....	415
3. Mehrere Verletzte .....	415
V. Keine entgegenstehende Ansprüche Dritter .....	416
1. Grundsatz .....	416
2. Bestehen (zweifelhafter) Ansprüche Dritter .....	417
a. Vorgehen.....	417
b. Folgen bei offensichtlich begründeten Ansprüche eines Dritten.....	420
aa. Herausgabe an einen berechtigten Dritten zulässig .....	420
bb. Stellungnahme .....	422
(1) RiStBV keine taugliche Rechtsgrundlage .....	422
(2) § 111 k StPO keine taugliche Rechtsgrundlage.....	422
(3) Notwendigkeit der Rückabwicklung .....	423
(4) Möglichkeit der Hinterlegung .....	424
cc. Ergebnis.....	425
3. Zuständigkeit .....	426
VI. Für die Zwecke des Strafverfahrens nicht mehr benötigt.....	427
C. Zuständigkeit und Verfahren.....	428
I. Entscheidung .....	428
II. Zuständigkeiten .....	428
1. Zuständigkeit für Anordnung .....	428
a. Zuständigkeit während des Ermittlungsverfahrens .....	429
aa. Streitstand.....	429
bb. Ergebnis.....	434
b. Zuständigkeit nach Erhebung der öffentlichen Anklage .....	434
c. Zuständigkeit nach Rechtskraft des Urteils.....	434
2. Zuständigkeit für die Herausgabe.....	436

III. Verfahren .....	436
D. Folgen.....	437
E. Rechtsschutz .....	438
I. Einleitung .....	438
II. Entscheidung des Gerichts nach § 111 k S. 2 i.V.m. § 111 f. Abs. 5 StPO .....	439
III. Herbeiführung der Entscheidung des Gerichts nach § 111 k S. 3 StPO.....	439
IV. Entscheidung des Gerichts .....	440
V. Zuständigkeiten .....	440
F. Schadensersatzanspruch .....	441
G. Ergebnis .....	441
 7. Kapitel: Der Auffangrechtserwerb des Staates.....	443
A. Einleitung .....	443
I. Sinn und Zweck .....	443
II. Rechtsnatur .....	445
III. Kritik.....	445
1. Materiell-prozessrechtliche Vermischung .....	445
2. Keine Schließung der Abschöpfungslücken.....	447
B. Voraussetzungen.....	449
I. Feststellungen nach § 111 i Abs. 2 StPO.....	449
II. Andauernde vollstreckungssichernde Maßnahme.....	449
III. Fristablauf.....	449
IV. Ausschlussstatbestände.....	450
C. Verfahren.....	451
I. Beschluss nach § 111 i Abs. 6 S. 1 StPO.....	451
II. Anhörung .....	452
III. Löschung der Eintragungen im Bundesanzeiger.....	453
D. Folgen.....	453
I. Eintritt und Umfang des Rechtserwerbs .....	453

1.	Zeitpunkt.....	453
2.	Nach §§ 111 b Abs. 1, 111 c StPO beschlagnahmte Gegenstände .....	453
3.	Nach §§ 111 b Abs. 2, 111 d StPO arrestierte Vermögenswerte .....	454
4.	Umfang .....	455
II.	Der Ausgleichsanspruch bei Befriedigung des Verletzten nach § 111 i Abs. 7 .....	456
1.	Grundsatz.....	456
2.	Ausschluss.....	457
E.	Rechtsschutz gegen den Eintritt des Auffangrechtserwerbs des Staates nach § 111 i Abs. 6 S. 3 StPO .....	459
8.	Kapitel: Schlussbetrachtungen.....	461
	Literaturverzeichnis .....	467
	Fragebogen.....	489